

# **Grundsatzpositionen im Rahmen des Bildungstreik 2009**

- der Studierenden der Pädagogischen Hochschule Freiburg -

## **Präambel**

Die gegenwärtigen Entwicklungen im Bildungs- und Hochschulwesen können nicht losgelöst von gesamtgesellschaftlichen Vorgängen gesehen werden. Vielmehr handelt es sich um eine Erscheinungsform der allgemeinen Tendenz, die in vielen Bereichen schon zur erklärten Politik geworden ist: die zunehmende Übertragung von Markt- und Wettbewerbsmechanismen auf wirtschaftsexterne Bereiche. In der Gesundheits- und Altersvorsorge beispielsweise wird dies an einem zunehmenden Rückzug des Staates bei gleichzeitig wachsendem privatwirtschaftlichen Einfluss deutlich.

Auch im Bildungssystem führen diese Deregulierungsmaßnahmen zu einschneidenden Veränderungen, die kritisch zu betrachten sind: Es zeichnet sich die Entwicklung ab, dass die Hochschulen von öffentlichen Bildungsinstitutionen in privatwirtschaftliche Unternehmen umgewandelt werden. Wir wollen Bildung nicht als Ware verstehen, die analog zu Konsumgütern produziert und erworben werden kann. Vielmehr handelt es sich um einen Prozess, der vom Lernenden mitbestimmt, aber auch stark von dem ihm gebotenen Entwicklungsumfeld beeinflusst wird.

Die Folge des wirtschaftlichen Denkens im Bildungsbereich ist die Adaption des Prinzips von Angebot und Nachfrage als Steuerungs- und Kontrollinstrument. Aus erziehungswissenschaftlicher Perspektive ist dieses Vorgehen fragwürdig. Es liegt in der Natur des Vorgangs selbst, dass nicht im Voraus über Qualität und Nutzen von Bildungsprozessen entschieden werden kann. Bildung darf nicht von ihrer marktwirtschaftlichen Verwertbarkeit abhängig sein, sondern muss ein möglichst umfangreiches Entwicklungsumfeld bieten.

Die Anwendung des marktwirtschaftlichen Denkens auf den Bildungsbereich führt zu einem veränderten Bildungsbegriff: Elitenbildung statt Chancengleichheit, Selbstoptimierung statt umfassender Selbstbildung in einer demokratisch verfassten Institution. Bildung wird hier nicht mehr als Fähigkeit und als Recht jedes Einzelnen verstanden, sondern zunehmend im Sinne reiner Aus-Bildung. Gerade unter Gesichtspunkten der pädagogischen Professionalisierung ist dies ein zu einseitiges Verständnis des Bildungsbegriffs. An einer Pädagogischen Hochschule müssen auch Möglichkeiten der Persönlichkeitsbildung, Allgemeinbildung und der politischen Bildung gegeben sein. Gesteht man den Lernenden aber nicht ausreichend Zeit und Entwicklungsfreiräume zu, werden essentielle Entwicklungschancen verbaut.

Die strukturellen und inhaltlichen Einschränkungen in Hochschulpolitik und Schulpolitik bilden ein Paradoxon zum eigentlichen Bildungsauftrag angehender LehrerInnen, zu Demokratie und Reflexionsfähigkeit zu erziehen. Die Ausbildung aller Kräfte zu einem Ganzen impliziert die Erziehung zu Mündigkeit, Selbstständigkeit und Kritikfähigkeit und bildet den Grundpfeiler demokratischer Teilhabe. Fallen Werte wie diese weg, stellt sich die Frage nach den Zielen einer Gesellschaft: Soll sich der Mensch dem Diktat wirtschaftlicher Wettbewerbsfähigkeit unterordnen, um seinen Beitrag zu grenzenlosem Wirtschaftswachstum zu leisten, oder steht das Wohl des Menschen im Zentrum gesellschaftlicher Entwicklung?

Wir Studierenden der PH Freiburg richten im Folgende konkrete Forderungen an die Hochschule und die Bildungspolitik. Darüber hinaus setzen wir uns für ein grundlegen-

des Umdenken des Bildungsverständnisses und des daraus resultierenden Bildungssystems ein.

## **Forderungskatalog im Rahmen des Bildungsstreik 2009**

- der Studierenden der Pädagogischen Hochschule Freiburg -

1. Die öffentliche Finanzierung von Hochschulbildung - insbesondere im Blick auf die Pädagogischen Hochschulen – wird seit 1995 stetig heruntergefahren. Durch die globale Minderausgabe, die mehrfach erhöht wurde, werden der Hochschule Mittel entzogen. Um diese globale Minderausgabe zu erwirtschaften, sperrt die Hochschule Professuren, was zu prekären Arbeitsbedingungen in den Instituten führt. Darüber hinaus ist ein Inflationsausgleich nicht vorgesehen.

„Das Land gewährleistet den Hochschulen und den Berufsakademien auf der Grundlage des Staatshaushaltsplans 2007 finanzielle Planungssicherheit für den Zeitraum bis 31.12.2014.“ (Solidarpakt II, Vereinbarung des Landes Baden-Württemberg mit den Hochschulen und Berufsakademien des Landes Baden-Württemberg vom 2. März 2007)

**Wir klagen hiermit die schwarz- gelbe Landesregierung an, dass sie den Solidarpakt II unterwandert und damit bricht.**

2. An den Hochschulen in Baden-Württemberg, so auch an der Pädagogischen Hochschule Freiburg, ist die Verbesserung von Lehre zu einer hohlen Formel verkommen. Es geht schon lange nicht mehr um die Verbesserung von Lehre, sondern um die bloße Aufrechterhaltung des pflichtmäßigen Lehrbetriebs. Stellen, die aus Studiengebühren finanziert wurden, werden ersatzlos gestrichen. Notstandsverwaltung in den Instituten ist alltäglich geworden. Ein minimales Lehrangebot ohne Wahlmöglichkeiten wird als praktikable Lösung aufgefasst. Die Qualität von Lehre sowie von individueller Betreuung ist massiv gefährdet.

**Damit ein angemessenes Lehrangebot aufrechterhalten werden kann, fordern wir von der schwarzgelben Landesregierung eine langfristige, ausreichende Stellenfinanzierung.**

3. Studiengebühren wurden vorgeblich zur Verbesserung der Lehre eingeführt. Studierenden sollte mehr Eigenverantwortung und gleichzeitig ein Kundenstatus eingeräumt werden, mit der unangemessenen Botschaft: „Was teuer ist, muss gut sein.“ Zwischenzeitlich dienen diese Gebühren zum Stopfen der Haushaltslöcher, mittlerweile führen die Mittelkürzungen dazu, dass sich auch mit Einnahmen aus Studiengebühren viele Hochschulen in einer schlechteren Lage befinden als noch vor 2007. Die vom Bundesbildungsministerium in Auftrag gegebene HIS-Studie (04.12.2009) bestätigt in ihrem vorläufigen Ergebnis, dass AbiturientInnen durch Studiengebühren von der Aufnahme eines Studiums abgeschreckt werden. Es ist deutlich, dass Studiengebühren zu sozialer Selektion und Chancenungleichheit führen.

**Wir fordern eine ausreichende Finanzierung der Hochschulen aus Landesmitteln und damit auch die Abschaffung von Studiengebühren.**

4. Kapazitätsneutrale Einführungen von Bachelor- und Masterstudiengängen ohne die Einstellung von zusätzlichem Personal führen dazu, dass Ressourcen aus anderen Fächern und Bereichen abgezogen werden. Diese fehlen vor allem im Lehramt.

**Die Hochschulen müssen für die Einrichtung neuer Bachelor- und Masterstudiengänge mit zusätzlichem Personal und ausreichenden Raumkapazitäten ausgestattet werden.**

5. Die Pflichtangebote mehrerer Fächer können langfristig nicht mehr aufrechterhalten werden. Um im Zuge der Kürzungen Personalressourcen einzusparen, beabsichtigt die Hochschulleitung, bestehende Seminarangebote in Vorlesungen umzuformen. Vorlesungen haben ihre Berechtigung in der Vermittlung von Basiswissen und Grundstrukturen, bieten jedoch wenig Möglichkeit für individuelle Teilnahme. Genau darin liegt aber ein entscheidender Punkt des akademischen Lernens. Seminare bieten die Möglichkeit, Wissen im aktiven Diskurs mit anderen Studierenden und DozentInnen selbst zu erschließen und zu vertiefen.

**Wir fordern deshalb, dass Seminare nicht durch Vorlesungen ersetzt werden.**

6. Personeller Notstand in einzelnen Instituten zeigt sich unter anderem darin, dass fach- und disziplinfremd geprüft wird. Dozierende nehmen Staatsexamensprüfungen in einer ihnen fremden Disziplin ab, was zu Missverständnissen und einer untragbaren Leistungsbeurteilung führt. Das verschlechtert die Prüfungsbedingungen für Studierende massiv. Ähnlich sind die Auswirkungen, wenn Institute Lehraufträge ausschließlich für Prüfungen vergeben müssen.

**Den Instituten muss soviel Lehrpersonal zur Verfügung stehen, dass keine fach- oder disziplinfremden Prüfungen mehr stattfinden und dass die Lehrenden auch tatsächlich die Prüfungen abnehmen: „Wer lehrt, der prüft“.**

7. Eine Verbilligung der Lehre hält Einzug.

a) Kürzlich wurde die erste Lehrprofessur Baden-Württembergs an der Pädagogischen Hochschule Freiburg eingeführt. Diese Entwicklung verdeutlicht, wie das humboldtsche Bildungsideal der Einheit von Forschung und Lehre aufgehoben wird. Da Forschungstätigkeiten aber von ProfessorInnen und Studierenden als elementare Basis für gute Lehre gesehen werden, bedeutet die Einführung von Lehrprofessuren eine bemerkenswerte Qualitätsminderung.

**Die Verbilligung von Lehre durch die Einführung von Lehrprofessuren ist abzulehnen. Stattdessen fordern wir den Erhalt und Ausbau von Professorenstellen mit 9 SWS Lehrtätigkeit und ausreichend Zeit für Forschungstätigkeiten.**

b) Bestehende Stellen werden durch billigere Lehraufträge ersetzt. Die Verträge dieser ‚Lehrbeauftragten‘ sind auf lediglich ein bis drei Semester befristet; von Vertragsverlängerungen werden sie erst ein bis zwei Wochen vor Semesterbeginn in Kenntnis gesetzt. Entlohnt wird nur die Anzahl der Stunden im Seminar bzw. der Vorlesung. Nicht bezahlt werden Sprechstunden, Korrektur von Hausarbeiten sowie Vor- und Nachbereitungszeit. Die fundierte und zeitintensive Vorbereitung von Lehrveranstaltungen wird nicht honoriert, wodurch die Qualität der Lehre erheblich leidet. Die Befristung auf ein Semester erhöht die Fluktuation der Lehrkräfte und mindert die Kontinuität und Verlässlichkeit im Lehrbetrieb. Zusätzlich wird die Kooperation innerhalb der Institute durch zeitintensive Einarbeitungsphasen erschwert. Die Prekarisierung dieser Beschäftigungsverhältnisse ist abzulehnen.

Die Tatsache, dass Lehrbeauftragte in den hochschulinternen Gremien nicht vertreten sind, zeigt ebenfalls die zunehmende Entdemokratisierung der Hochschule.

**Die Verbilligung von Lehre durch Lehraufträge ist keine angemessene Reaktion auf Kürzungsmaßnahmen der Landesregierung. Wir fordern angemessen honorierte und langfristig angelegte Beschäftigungsverhältnisse sowie die Einbeziehung aller Beschäftigten in Entscheidungsprozesse.**

c) Um den personellen Notstand an der Hochschule auszugleichen, wird die Arbeitsbelastung der Angestellten des Mittelbaus zunehmend erhöht. Grundsätzlich wird eine Lehrtätigkeit von bis zu 25 SWS angesetzt. Hinzu kommen Vor- und Nachbereitungszeit, Korrekturen, Sprechstunden und Arbeit in Hochschulgremien und Arbeitsgruppen. Diese drastische Überlastung und der daraus resultierende Mangel an

Vorbereitungszeit führt dazu, dass die Lehrtätigkeit dem Anspruch an Hochschulbildung kaum mehr gerecht werden kann.

**Um qualitätsvolle Lehre zu ermöglichen und die extreme Arbeitsbelastung im Mittelbau zu mindern, fordern wir die Begrenzung der Lehrtätigkeit im Mittelbau auf 16 SWS.**

8. An den Pädagogischen Hochschulen Baden-Württembergs sollen zum Wintersemester 2010/11 Lehrerabordnungen gestrichen werden. Für die Pädagogische Hochschule Freiburg bedeutet dies einen Wegfall von mindestens 3,5 von 6,5 Lehrdeputaten. Die abgeordneten Lehrerinnen und Lehrer sind aber ein besonderes Qualitätsmerkmal der Pädagogischen Hochschulen, da ihre langjährige Erfahrung elementar zur Lehrerbildung beiträgt. Dies bedeutet einen massiven Qualitätsverlust.

**Lehrerabordnungen an den Pädagogischen Hochschulen müssen von der Landesregierung weiterfinanziert und damit erhalten werden.**

9. Im Zuge der finanziellen Einschnitte bei den Hochschulen scheint das Rektorat der Pädagogischen Hochschule eher reaktiv als aktiv zu handeln. Aussagen wie „Es ist einfach kein Geld da“ oder „Wir *müssen* alle Stellen aus Studiengebühren streichen“ gehören zum Alltag. Es entsteht der Eindruck, dass intransparente Ziele mit dem Argument des Sparens und der Geldknappheit durchgesetzt werden. Eine eindeutige Linie ist dabei nicht zu erkennen. Die Dozierenden und die Studierendenschaft werden zwar zur Diskussion eingeladen, danach jedoch vor vollendete Tatsachen gestellt. So kommt es je nach Beziehung zum Rektorat zu Stellenumverteilungen und -kürzungen. Dadurch werden einige Abteilungen benachteiligt, was sich wiederum negativ auf die Studienbedingungen auswirkt.

**Wir verlangen, dass das Rektorat seine Vorstellungen von Personalentwicklung offen legt, anstatt den Kürzungswahn des Ministeriums ungebrochen nach unten weiter zu reichen.**

10. Die Änderungen im Landeshochschulgesetz Baden-Württembergs stärken die Position der Rektorate in einem, mit dem Prinzip einer demokratischen Hochschule unvereinbarem Maße. So ist es der Rektor der Pädagogischen Hochschule Freiburg, der Lehrende an die Hochschule beruft. Eine einzige Person ist dadurch in der Lage, die Arbeit von GutachterInnen zu entwerten und die Entscheidungen von mehreren Hochschulgremien zu kippen.

Dies ist nur ein Beispiel dafür, dass der Prozess der Entdemokratisierung weiter voranschreitet.

**Um Machtmissbrauch vorzubeugen, fordern wir einen sinnvollen institutionellen Rahmen für die Mit- und Selbstverwaltung der Hochschulen, deren elementarer Bestandteil eine verfasste Studierendenschaft sein muss.**

11. Wie sollen zukünftige LehrerInnengenerationen zu Mündigkeit erziehen, wenn ihnen das Studium ein Mindestmaß an Selbstverantwortung verwehrt?

Innerhalb der letzten Jahrzehnte wurden Studienstrukturen immer rigider. Die Arbeitsbelastung der Studierenden wurde durch Modularisierung der Studiengänge enorm erhöht. Daher ist die Vielzahl der Seminare im vorgegebenen Zeitrahmen nicht mehr sinnvoll vor- und nachzubereiten.

Dadurch und aufgrund von strukturell bedingten, vermeintlich wählbaren Seminarzuweisungen ist die tiefgehende Auseinandersetzung mit Inhalten sowie individuelle Schwerpunktsetzung nicht möglich. Nur ein Studium, welches auf Vertrauen in die Studierenden und deren Möglichkeit einer Verantwortungsübernahme für ihr eigenes Lernen setzt, kann umfassende, langfristige Bildung ermöglichen. Das beinhaltet auch den Verzicht auf Anwesenheitskontrollen in Vorlesungen und Seminaren sowie die freie Fächerwahl.

Wenn man von Verantwortung spricht, ist der Begriffe der Freiheit zentral. Die Interpretation des Begriffs Freiheit als Grundlage für einen reibungslos funktionierenden Wett-

bewerb ist nicht die in dieser Forderung intendierte; vielmehr gilt es Freiheit als Chance zu verstehen, ein Studium innerhalb eines kooperativ entstandenen Rahmens zu gestalten.

**Wir fordern Bedingungen, die ein selbstbestimmtes Studium in eigener Verantwortung und unter individueller Schwerpunktsetzung ermöglichen. Modularisierung von Studiengängen und Anwesenheitskontrollen sind abzulehnen.**

Der Verfall der Studienbedingungen an der Pädagogischen Hochschule Freiburg steht exemplarisch für die Entwicklung im Hochschulwesen Baden-Württembergs.

**Die Studierenden der Pädagogischen Hochschule Freiburg  
Freiburg, den 7. Dezember 2009**